



8. Sitzung

Mittwoch, 8. Juni 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden,
Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und
Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung, Änderung und Ergän-
zung der **Tagesordnung**

487

Aktuelle Stunde

487

Fraktion der FDP:

**Hamburgs Energienetz – Ver-
staatlichung verhindern**

| | |
|----------------------------|-----|
| Katja Suding FDP | 487 |
| Dr. Monika Schaal SPD | 488 |
| Birgit Stöver CDU | 489 |
| Jens Kerstan GAL | 490 |
| Dora Heyenn DIE LINKE | 491 |
| Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP | 493 |
| Thomas Völsch SPD | 493 |
| Anja Hajduk GAL | 494 |
| Heike Sudmann DIE LINKE | 495 |

Fraktion DIE LINKE:

**Hamburg Hot Spot der
EHEC-Krise: Fehler und Ver-
säumnisse der Hamburger Be-
hörden?**

mit

Fraktion der SPD:

**Verbraucher schützen: Ge-
meinsam die EHEC-Epidemie
bekämpfen!**

und

Fraktion der CDU:

**EHEC-Krise: Hamburg darf die
landwirtschaftlichen Betriebe
in den Vier- und Marschlanden
nicht im Stich lassen**

| | |
|---|-----|
| Kersten Artus DIE LINKE | 496 |
| Dr. Martin Schäfer SPD | 497 |
| Hjalmar Stemmann CDU | 498 |
| Heidrun Schmitt GAL | 499 |
| Dr. Wieland Schinnenburg FDP | 500 |
| Cornelia Prüfer-Storcks, Senato- rin | 501 |
| Norbert Hackbusch DIE LINKE | 504 |
| Karin Prien CDU | 505 |
| Andrea Rugbarth SPD | 506 |
| Robert Heinemann CDU | 506 |

Fraktion der GAL:

**Abgabe für Fernwärme – prellt
Vattenfall Hamburg um Millio-
nen?**

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung

– Drs 20/90 (2. Neufassung) –

507

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

– Drs 20/703 –

507

Ergebnisse

507

Senatsmitteilung:

Unterrichtung der Bürgerschaft über die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2011

– Drs 20/594 –

507

Roland Heintze CDU

507, 515

Jan Quast SPD

509

Anja Hajduk GAL

511, 516

Robert Bläsing FDP

512

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

513, 517

Dr. Peter Tschentscher, Senator

514, 517

Beschluss

518

Senatsantrag:

Bessere Infrastruktur für Hamburger Familien Maßnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung

– Drs 20/518 –

518

Dr. Melanie Leonhard SPD

519

Birgit Stöver CDU

519

Christiane Blömeke GAL

521

Finn-Ole Ritter FDP

522

Mehmet Yildiz DIE LINKE

522

Beratung

523

Antrag der SPD-Fraktion:

Lange Nacht des Sports – jetzt auch in Hamburg!

– Drs 20/617 (Neufassung) –

523

Juliane Timmermann SPD

523

Thomas Kreuzmann CDU

524

Christiane Blömeke GAL

525

Martina Kaesbach FDP

525

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

526

Beschlüsse

527

Antrag der SPD-Fraktion:

– Drs 20/616 –

527

Andy Grote SPD

527

Olaf Duge GAL

530

Dr. Kurt Duwe FDP

531

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

531

Jutta Blankau, Senatorin

532

Beschlüsse

532

Antrag der SPD-Fraktion:

Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen – aber keine Besserstellung gegenüber Eltern und Kindern mit legalem Aufenthalt oder mit deutscher Staatsangehörigkeit

– Drs 20/615 –

532

dazu

Antrag der GAL-Fraktion:

Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen

– Drs 20/704 –

532

und

Antrag der FDP-Fraktion:

Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus

– Drs 20/716 –

533

mit

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

(Dr. Joachim Bischoff)

und auch nicht, wie die FDP jetzt insinuiert, eine große Event-Kultur betrieben wird, sondern dass es wirklich einen Impuls nach vorn gibt für die Entwicklung des Breitensports. Das kann Hamburg gut gebrauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Bischoff.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/617 in der Neufassung seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig beschlossen worden.

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache nachträglich an den Sportausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch einstimmig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 20/616, Antrag der SPD-Fraktion: Besserer Wohnraumschutz für Hamburg.

[Antrag der SPD-Fraktion:**– Drs 20/616 –]**

Die GAL-Fraktion möchte diese Drucksache an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Grote, bitte.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als SPD-Fraktion legen wir heute eine Initiative für einen besseren und wirksameren Wohnraumschutz in Hamburg vor. Wohnraum ist in den Jahren der CDU-Regierung zu einem knappen Gut in Hamburg geworden. Viele Menschen, gerade mit geringem oder auch normalem Einkommen, sind nicht mehr in der Lage, sich mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Um den Mangel zu beheben, sind zum einen ganz erhebliche Anstrengungen beim Wohnungsneubau zu unternehmen. Hier sind wir auf gutem Weg, das haben wir schon diskutiert. Aber fast genauso wichtig ist ein sorgsamer Umgang mit dem vorhandenen Wohnungsbestand. Hier haben wir momentan erhebliche Missstände und Probleme, die in der Stadt in nachvollziehbarer Weise auch für Unruhe sorgen.

Ein Thema ist der Wohnungsleerstand. Ich spreche nicht von dem unvermeidbaren, ganz normalen Leerstand im Vorfeld von Neuvermietungen, Sanierungen, Umbaumaßnahmen oder Ähnlichem. Es gibt inzwischen Hunderte von Meldungen und Anzeigen über langfristigen Wohnungsleerstand

durch die Mieterorganisationen, ohne dass eine nachvollziehbare Begründung vorliegt. Das Internetportal "Leerstandsmelder" erfreut sich einer beeindruckenden Beliebtheit. Man kann jeden Tag zusehen, wie neue, leerstehende Gebäude gemeldet werden. Zahlreiche Einzelfälle von häufig mehrjährigem Leerstand von Wohnungen sind auch in den Medien immer wieder ausführlich behandelt worden. Zu Recht gibt es darüber eine breite öffentliche Empörung und auch zunehmenden Protest.

Vielfacher, mehrmonatiger und langfristiger Wohnungsleerstand ist angesichts der bestehenden Wohnungsknappheit in dieser Stadt ein absurder Zustand. Das ist in dieser Stadt niemandem mehr vermittelbar. Schwarz-Grün hat sich dieser Problematik und ihrer Lösungen verweigert. Als SPD sind wir nicht bereit, diesen Zustand länger hinzunehmen.

Der zweite Missstand, um den es geht, ist das Thema der Verwahrlosung. Dies ist ein drastischer Punkt im Umgang mit dem Wohnungsbestand, der in letzter Zeit bekannt geworden ist. 9400 Mieter der GAGFAH, die inzwischen dem amerikanischen Investor Fortress gehört, sind einer Situation ausgesetzt, in der ihr Vermieter offenbar systematisch und über einen längeren Zeitraum seine Instandhaltungspflichten vernachlässigt und verletzt, so dass sich zahlreiche Wohnungen in einem verwahrlosten Zustand befinden. Sie sind zum Teil großflächig von Schimmel befallen. Andere Wohnungen sind im Hinblick auf Elektrik, sanitäre Anlagen et cetera in einem maroden, desolaten und zum Teil gesundheitsgefährdenden Zustand. Die alarmierenden Bilder, Berichte und Schilderungen von GAGFAH-Mietern stehen uns alle noch vor Augen.

Das ist ein Vermieterverhalten, das wir in dieser Form in Hamburg nicht für möglich gehalten hätten. Wir als SPD-Fraktion sind nicht bereit, diese Zustände zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass die Mieter auch privatrechtliche Ansprüche gegenüber ihren Vermietern haben, aber wir wissen auch, dass gerade diese Mieter in den betroffenen Wohnungen sehr häufig nicht in der Lage sind, sich auf dem Wege eines Rechtsstreits gegen ihren Vermieter durchzusetzen. Sie sind zudem auf ihre Wohnungen dringend angewiesen, denn sie gehören in der Regel noch zu den günstigeren Wohnungen. Sie haben Angst, ihre Wohnungen zu verlieren, und bedürfen deshalb unserer Unterstützung. Daher gibt es an dieser Stelle von der SPD-Fraktion das klare Signal, dass wir die GAGFAH-Mieter im Kampf gegen Verwahrlosung nicht allein lassen. Wir stehen an ihrer Seite und werden sie wirksam unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

(Andy Grote)

Es ist nicht ganz neu, dass Wohnraum geschützt werden muss und dies auch eine öffentliche Aufgabe ist. Hierfür wurden das Wohnraumschutzgesetz und seine Vorläufergesetze geschaffen. Manches ist darin ganz ordentlich geregelt. Gerade das Thema Instandhaltungs- und Instandsetzungspflicht ist mit einem gesetzlichen Instrumentarium verankert. Nicht ganz so gut sieht es aus bei der Bekämpfung des Wohnungsleerstands.

Ein ganz entscheidendes Problem aber, das wir beim Thema Wohnraumschutz immer haben, ist die Einsetzung der gesetzlichen Instrumente, weil die Wohnraumschutzdienststellen in den Bezirken personell nicht ausreichend ausgestattet sind, um an diesen Stellen tätig werden zu können, gerade auch, wenn wir eine zugespitzte Problemlage haben wie im Augenblick. Wir haben ungefähr zwölf Stellen für alle sieben Bezirke. Wir haben zum Teil bevölkerungsreiche Bezirke mit entsprechenden Problemlagen und auch einen großen Bestand an GAGFAH-Wohnungen, wofür gerade einmal ein Mitarbeiter zur Verfügung steht. Das reicht erkennbar nicht aus, um flächendeckend und wirksam gegen die Missstände vorzugehen, schon gar nicht bei mehreren Tausend GAGFAH-Wohnungen. Wir wollen deshalb an dieser entscheidenden Stelle auch die Bezirke nicht allein lassen, sondern sie mit Personal unterstützen. Wir wollen die Wohnraumschutzdienststellen aufstocken und sie in den Stand versetzen, mit mehr Personal den Wohnraumschutz vor Ort wirksam durchzusetzen.

Zusätzlich wollen wir – das haben wir vor einem guten halben Jahr schon diskutiert – auch das Wohnraumschutzgesetz verschärfen und das Instrumentarium effektiver machen. Das betrifft die Themen Anzeigepflicht des Vermieters bei Leerständen und Zwischenvermietung bei langfristigen Leerständen. Es betrifft auch das Thema Belegungsrecht in Wohnungsnotfällen als Ultima Ratio und insgesamt das Thema Fristen, effektiveres Verfahren und spürbare Sanktionen, wenn entsprechende Anordnungen vom Vermieter nicht befolgt werden.

Wir haben dies vor einem guten halben Jahr schon einmal zum Thema gemacht. Die Regierungsfractionen mochten dem nicht folgen und haben das Problem nicht gesehen. Heute sind wir einen Schritt weiter. Wir können heute für den Wohnraumschutz in Hamburg einen erheblichen Schritt vorankommen. Wohnraum ist knapp und wertvoll. Es ist nicht verantwortbar, ihn durch Leerstand und bewusste Verwahrlosung zu verschwenden. Deswegen bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ergebnis vorweg, liebe Kollegen der SPD-Fraktion, da Sie es alle schon kennen: Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen. Er ist politischer Unfug. Das ist eine Wortwahl, die zumindest aus Ihrer Sicht aus berufenem Munde kommt. Ich habe auch gerade über eine Schriftliche Kleine Anfrage noch einmal nachgefragt, Frau Senatorin. Ihr Staatsrat hat sich im Januar dieses Jahres, damals noch als Wohnungsbaubeauftragter, mit Ihrem Antrag, Herr Kollege Grote, schon einmal befasst. Er wurde auch gefragt, was er denn von Ihren Bemühungen und Ideen halte. Ich kann das noch einmal zitieren, obwohl Sie es inzwischen schon wissen, aber es wäre gut, wenn Sie sich das noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Staatsrat Sachs sagte zu Ihren Vorstellungen:

"Eine Phantomdiskussion und politischer Unfug."

(Beifall bei Ralf Niedmers CDU)

– Danke, Herr Kollege Niedmers.

"Das Handwerkszeug ist vorhanden, um gegen Leerstand und Zweckentfremdung vorzugehen, die Bezirke müssen sie nur anwenden. Politik reagiert reflexhaft auf wachsenden öffentlichen Druck mit der Schaffung neuer Bürokratien."

Da hat er Sie hervorragend analysiert.

(Hans-Detlef Roock CDU: Der hat recht, der Mann!)

– Er hat recht, der Mann, gar keine Frage.

(Beifall bei der CDU)

– Das ist durchaus einen Applaus wert.

Er hat noch viel mehr gesagt zu Ihren Vorstellungen über andere Themen, Herr Kollege Grote, die Sie auch angesprochen haben. Sie sollten sich den Artikel wirklich einmal zu Gemüte führen. Zu Ihren Vorstellungen, es würde möglich sein, Büros einfach umzuwandeln, sagte er einfach nur, er fände diese Forderungen populistisch und ärgerlich. Ihre Politik ist nach Meinung des SPD-Staatsrats offensichtlich eine Mischung aus Phantomdiskussion, politischem Unfug und Populismus, Frau Senatorin. Das ist jedenfalls das, was der Staatsrat zu einem Zeitpunkt sagte, an dem er noch nicht Staatsrat war.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir wissen doch alle, dass der Mensch sich häufig durch das Amt verändert. Wir werden es mit Interesse im Ausschuss bei der Diskussion sehen, denn Sie wollen doch gern eine Überweisung an den Ausschuss. Wir dagegen halten das nicht für erforderlich. Dann werden wir gern den Herrn Staatsrat fragen – ich hoffe, er darf dann auch

(Jörg Hamann)

kommen, Frau Senatorin, und uns Rede und Antwort stehen –, warum er Ihre SPD-Politik als Phantomdiskussion, politischen Unfug und Populismus bezeichnet.

Man muss sich einmal anschauen, was der Senat bisher vollbracht hat: In der Hochschulpolitik war es ein glatter Fehlstart, bei der Gesundheitspolitik hat man, wenn man es freundlich formuliert, Bauchschmerzen. Und, Herr Grote, anders als bei Ihrer Einschätzung vom Paradebereich Wohnungsbau laufen wir nun direkt auf eine Bruchlandung zu. Der Vertrag für Hamburg, den Sie erwähnt haben, war eine Farce und Posse. Es ging von einer ersten bis zu einer fünften Version, dann gab es Bürgermeistergespräche und Senatorgespräche. Dann wollte man wieder etwas zur Abstimmung stellen lassen, keiner wusste so genau, woran man da war. Gutes, ordentliches Regieren sieht anders aus, aber das ist bei Ihnen offensichtlich noch nicht ganz angekommen.

(Beifall bei der CDU und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Das Problem, das die BSU leider zunehmend hat – sehen Sie es mir nach, Frau Senatorin –, ist eine Senatorin, die offensichtlich fachlich nicht ausreichend qualifiziert ist. Nach Ihrer Vita ist das auch nicht unbedingt zu erwarten. Es mag sein, dass Sie sich das noch anarbeiten. Aber Sie haben einen Staatsrat, der zumindest fachlich qualifiziert ist. Nur will er überhaupt keine SPD-Politik machen, er macht eher die Politik, die die CDU machen möchte

(*Andy Grote SPD* und *Jan Quast SPD*: Staatsräte machen gar keine Politik!)

beziehungsweise die, die Schwarz-Grün in der letzten Legislaturperiode gemacht hat. Von daher habe ich den Eindruck, dass in Ihrer Behörde etwas grundsätzlich falsch läuft. Wenn Sie diese Politik weiter betreiben wollen, kann ich mir nur vorstellen, dass Sie letztlich doch den Vorschlägen desjenigen folgen, der fachlich qualifiziert ist, sprich dem Staatsrat, und dann lassen Sie doch diesen Unsinn. So kann es jedenfalls nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU)

Es zeigt im Übrigen auch deutlich, wie mit Ihren Anträgen umgegangen wird – dies auch an die Kollegen der SPD-Fraktion und den Fraktionsvorsitzenden Herrn Dressel. Es verwundert, dass Sie sich das als SPD-Fraktion überhaupt gefallen lassen. In der letzten Legislaturperiode gab es einen knackigen Antrag, in dem stand, welche gesetzlichen Regelungen und welche Umformulierungen Sie wollten. Das war schon druckreif, inhaltlich zwar nicht ausreichend, wie Ihr Staatsrat sagt, aber zumindest druckreif. Dies kann man zur Abstimmung stellen. Aber nun gibt es so einen Wischiwaschi-Antrag, der weichgespült ist mit Formu-

lierungen wie "der Senat möge prüfen". Lassen Sie sich das gefallen, meine Kollegen von der SPD-Fraktion? Der Staatsrat sagt wohl zu Ihnen, das ginge nicht und sei Unsinn und Sie antworten, dass Sie doch irgendetwas machen müssten, es laufe gerade nicht so gut. Und dann einigt man sich auf diese Wischiwaschi-Formulierungen, die nicht einmal konkret sagen, was Sie möchten. Sie sind einen Schritt nach vorne gegangen und gleich wieder drei zurück, weil der Staatsrat vielleicht böse geguckt hat. Die Senatorin hat den Staatsrat hier wahrscheinlich auch nicht näher begleitet. Wenn das die Politik der SPD-Fraktion ist, dann graut es mir noch mehr vor den nächsten vier Jahren als ohnehin schon.

(*Jan Quast SPD*: Wie vor den letzten vier Jahren!)

Wenn man sich die Formulierungen Ihrer Anträge ansieht, dann ist das entlarvend. In der letzten Legislaturperiode schreiben Sie in Ihrem Antrag, es würde eine erhebliche Wohnungsknappheit geben; dann heißt es plötzlich im Wahlkampf Wohnungsnot. Und in der neuen Legislaturperiode heißt es nur noch drastische Wohnungsknappheit. Also so genau wissen Sie auch nicht, was Sie wollen. Sie wollen ein wenig weg von der Panikmache, die Sie im Wahlkampf mit der Wohnungsnot betrieben haben. Sie versuchen nun, das herunterzuzurren, haben aber keine richtigen Möglichkeiten und Ideen, was Sie im Einzelnen umsetzen wollen.

Der grundsätzliche Ansatz, den Ihr Antrag verfolgt – deshalb wurde er in der letzten Legislaturperiode auch von Schwarz-Grün abgelehnt –, ist einfach falsch, wie Ihr Staatsrat völlig zu Recht sagte. Wir haben in diesem Bereich kein Problem. Wir haben gesetzliche Regelungen, die funktionieren, man muss sie nur anwenden. Sie versuchen jetzt wieder, irgendwelche weißen Segel zu setzen in der Hoffnung, die Öffentlichkeit würde mit aufspringen und denken, dass Sie etwas bewegen. Aber politischen Unfug zu machen ist mit Sicherheit der falsche Weg. Schauen Sie sich doch einfach einmal einen Geschäftsbericht irgendeines Wohnungsunternehmens oder einer Wohnungsgenossenschaft an. Da sehen Sie, was diese angeblichen Leerstände sind.

Ich habe mir einmal wahllos einen Geschäftsbericht einer großen, renommierten Wohnungsbau-genossenschaft in Hamburg gegriffen. Sie schreibt in ihrem Geschäftsbericht, dass sich zum 31. Dezember 2010 eine Summe von 162 nicht vermieteten Wohnungen ergeben habe. Das meinen Sie anscheinend mit Ihrem Antrag. Aber wenn man sich genau ansieht, warum sie nicht vermietet waren, gibt es Erklärungen hierfür. 80 Einheiten standen zur Weitervermietung nicht zur Verfügung, sie sollten abgerissen werden. Weitere 48 Einheiten konnten wegen aktueller oder anstehender Modernisierungsmaßnahmen dem Markt nicht zur Verfü-

(Jörg Hamann)

gung gestellt werden und 31 Wohnungen befanden sich im Vertragswechsel. Welche Wohnungen meinen Sie denn? Sie meinen, es gäbe irgendwo irgendwelche hartnäckigen Vermieter, die lieber auf Miete und Einkommen verzichten, als dass sie ihre Wohnungen an gute Menschen vermieten. Was soll sonst Ihr Ansatz sein? Was wollen Sie mit diesen Menschen denn machen, mit diesen bösen Vermietern, die Sie sich konstruiert haben? Denen schicken Sie Verwaltungsbescheide und darin wird dann gefragt, warum nicht vermietet wurde. Und was macht dann dieser Vermieter? Er legt als Erstes einen Widerspruch ein, dann ist es ein Verwaltungsverfahren.

(Jan Quast SPD: Können Sie mal zum Ende kommen? Das ist ermüdend, was Sie da machen!)

Herr Grote und meine Kollegen von der SPD-Fraktion: Wie Ihr Staatsrat schon sagte, es ist alles politischer Unfug, was Sie machen.

(Beifall bei der CDU)

Wer irgendetwas mit dem Thema zu tun hat, weiß das auch. Deshalb, Herr Kollege Kienscherf, tun Sie sich und uns den Gefallen

(Dirk Kienscherf SPD: Sie mit Ihrem dynamischen Festpreis bei der Elbphilharmonie, Herr Hamann!)

und ziehen den Antrag einfach zurück; das wäre mit Sicherheit das Beste. Allerdings die Vorstellung, das im Ausschuss noch einmal zu diskutieren und es mit dem Kollegen Sachs im Einzelnen zu besprechen, hat schon etwas; darauf würde ich mich durchaus freuen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Duge.

Olaf Duge GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin froh, Herr Grote, dass Sie Schulter an Schulter mit den Mietern der GAGFAH kampfkraftig diesen Antrag eingebracht haben. Wenn ich ihn mir anschau, dann gefällt mir der erste Absatz eigentlich am besten, denn er hat einen proklamatorischen Charakter. Er bezieht sich nämlich auf das, was eigentlich im Gesetz steht und was besser zur Anwendung kommen soll, etwas, wofür wir uns immer wieder eingesetzt haben. Und das ist auch das Konkreteste, was in diesem Antrag zum Ausdruck kommt.

Wenn man sich die weiteren Absätze anschaut, haben Sie immer wieder das Wort "geprüft" oder "zu prüfen" hineingeschrieben. Ich glaube, das ist auch dringend notwendig angesichts dessen, was Sie dort an Vorschlägen aus alten Anträgen wieder servieren möchten.

Da ist zum einen die Frage der Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK, wie sie sich einsetzen lassen und wo denn Bedarf sei. Ich erinnere mich an eine Große Anfrage im Bezirk Wandsbek von der FDP, bei der gefragt wurde – ich zitiere –:

"Wie viele Stellen bzw. Personen sind im Bezirksamt zuständig für den Vollzug der Wohnraumschutzgesetze?"

Die Antwort ist, dass dort eine Vollzeitstelle zur Verfügung steht.

Die nächste Frage:

"Hält die Bezirksamtsleitung diese Stellen/Personen für ausreichend?"

Die Antwort ist ja.

(Dirk Kienscherf SPD: Wer ist denn da die Bezirksamtsleitung?)

– Das war bis zur Wahl eine Koalition aus CDU und FDP.

(Andy Grote SPD: Das ist eine richtige Wohnungspolitik der Heldentat!)

Wir haben nun das Problem mit der GAGFAH gehabt. Hierzu haben wir eine ganze Reihe von Anfragen gestellt. Es hat sich gezeigt, dass vielfach nur passiv gehandelt worden ist. Gerade hier hätte von Senatsseite beziehungsweise von der Landesebene etwas kommen können und es hätte aktiver gehandelt werden müssen, um zum Beispiel genau das, was angesprochen wurde, Rechtsberatung, Mieterversammlung et cetera, für diese Mieter zu veranstalten. Sie müssten auf ihre Möglichkeiten hingewiesen werden im Rahmen des vorhandenen Wohnraumschutzgesetzes. Das ist nicht passiert; ich halte das einfach einmal fest.

(Beifall bei der GAL – Dirk Kienscherf SPD: Wo war noch mal Ihr Antrag dazu?)

– Hören Sie ruhig weiter zu, auch wenn es Ihnen vielleicht nicht angenehm ist.

Wenn ich weiter in den Antrag schaue, dann lese ich – Sie beziehen sich konkret auf die alten Anträge der letzten Legislaturperiode –,

(Dirk Kienscherf SPD: Die Sie alle abgelehnt haben!)

dass Sie die Ziele der Leerstandsbekämpfung konsequent verfolgen wollen. Dann zählen Sie aber keine Ziele auf, sondern – da ist der Antrag auch inkonsistent – es kommen dort mehr Instrumente und Maßnahmen zum Tragen. Das ist eine ziemlich undurchdachte Aufzählung. Ich wäre wirklich froh, wenn wir einmal konkret prüfen könnten, wie es mit der Anzeigepflicht und den bürokratischen Aufwendungen ist, die dort zum Tragen kommen.

Wir würden dies gern einmal konkreter, unter Umständen auch mit dem Wohnungsbaukoordinator

(Olaf Duge)

und Staatsrat, im Ausschuss besprechen. Wir erkennen an, dass Sie immerhin erkannt haben, endlich etwas tun zu müssen, um den Wohnraumschutz zu verbessern.

(*Andy Grote SPD: Was wollen Sie denn tun?*)

Jedoch sind die Leerstände nicht das vorrangige quantitative Problem; mir wurde eine Zahl von etwa 200 Fällen zugetragen. Aber im Wohnraumschutz ist die Qualität von Wohnungen gerade bei solchen Heuschrecken wie der GAGFAH tatsächlich etwas, bei dem wir mehr tun müssen. Darüber würden wir uns gern im Ausschuss mit Ihnen unterhalten.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wohnraumschutz ist sehr wichtig und wir haben auch ein Wohnraumschutzgesetz. Wie es meistens bei Gesetzen so ist, haben wir oft ein Vollzugsdefizit, teilweise auch ein Informationsdefizit, nämlich ob Menschen überhaupt wissen, dass es solche gesetzlichen Vorgaben gibt. Der Antrag ist insofern zustimmungswert, als dass auch die FDP-Fraktion den ersten beiden Punkten und dem vierten Punkt zustimmen kann. Diese GAGFAH-Vorgänge haben eigentlich nur gezeigt, dass es in diesem Fall ein Problem gibt, weil es ein großes Unternehmen ist mit sehr vielen Wohnungen. Aber es wird natürlich auch bei anderen Vermietern und Objekten Probleme geben.

Wichtig ist uns, dass wir das Wohnraumschutzgesetz so auslegen können, also auch personell in den Bezirken, in denen Probleme bestehen. Deshalb ist es auch sinnvoll, Menschen, die im Dienste der FHH stehen, dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden – möglicherweise in einigen Bezirken mehr, in anderen weniger.

Der Zusammenhang mit der Leerstandsbekämpfung ist mir nicht so klar und war auch Herrn Sachs nicht ganz klar, mit dem ich heute Mittag noch gesprochen habe. Wir werden nachher eine punktweise Abstimmung beantragen. Punkt 3 können wir nicht zustimmen, den anderen Punkten selbstverständlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hamann,

was Sie jetzt gemacht haben, ist eher gespenstisch, denn der Antrag – jedenfalls lesen wir das so – ist sehr klar und eindeutig. Er hat erst einmal den großen Vorzug, dass er den Senat auffordert, im August 2011 erstmals und anschließend laufend Bericht zu erstatten. Allein das macht im Unterschied zu vielen anderen Bereichen deutlich, dass dies kein Universalschlüssel ist, um die drastische Wohnungsnot zu lösen, aber es ist ein sehr wichtiger Punkt, mit dem wir es zu tun haben. Das können wir gern im Ausschuss besprechen, aber ich würde dazu raten, diesen Antrag auf den Weg zu bringen, denn sonst ist der August schon wieder vorbei und wir haben noch nichts gesehen.

Der entscheidende Fortschritt gegenüber der Diskussion in der letzten Legislaturperiode liegt meines Erachtens in Punkt 2. Es geht hier darum, die Wohnraumschutzdienststellen personell deutlicher aufzustocken. Das ist sicherlich unter den gegenwärtigen Haushaltsbedingungen keine leichte Aufgabe. Ob der Senat dazu einen vernünftigen Weg vorschlagen kann, kann man nur hoffen. Wir würden das sehr begrüßen, denn, Herr Duge, es ist nicht nur Wandsbek mit einer Stelle und dass Sie die Antwort bekommen, das sei völlig ausreichend. Wir haben in Hamburg 8,5 Vollzeitstellen, um das Wohnraumschutzgesetz einzuhalten und zur Anwendung zu bringen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode über den Eindruck diskutiert, dass das nicht ausreichend ist. Herr Grote hat zwei Fakten angeführt, die noch einmal bekräftigen, dass neue empirische Phänomene zutage getreten sind. Das eine ist der Leerstandsmelder, da könnte man sagen, dass die Leute spinnen. Dem kann ich mich jedenfalls nicht anschließen. Und den zweiten Punkt, Herr Duge, haben Sie selber genannt, die GAGFAH. Es handelt sich in Hamburg immerhin um 9 500 Wohnungen. Beides, also diese Hinweise über den Leerstandsmelder und die GAGFAH, sind Hinweise darauf, dass das Wohnraumschutzgesetz eklatante Schwächen in der praktischen Umsetzung hat. Dieser Antrag ist ein Versuch, hierfür eine konkrete Lösung vorzuschlagen, und das können wir uns doch im August oder September ansehen, wenn der Senat dem zustimmt, diese kurze Frist einzuhalten; ansonsten sind es immer sehr viel längere Fristen.

So habe ich jedenfalls auch den Punkt 3 interpretiert, dass man dann weiter sehen kann, worüber wir in der letzten Legislaturperiode gestritten haben, ob eine Verschärfung des Gesetzes Sinn macht. Wir haben in der letzten Legislaturperiode gesagt, wir können dem unbedingt folgen. Aber die Verschärfung des Gesetzes nützt uns überhaupt nichts, wenn das schon bestehende Gesetz praktisch nicht umgesetzt wird. Insofern Chapeau, Herr Grote und SPD-Fraktion, das ist wirklich ein Fortschritt. Ich kann nur hoffen, dass wir das zügig umsetzen, denn es werden auch in diesem Sektor immer noch ein paar Probleme offen sein. Man sollte

(Dr. Joachim Bischoff)

es aber genauso wenig wie den Vertrag für Hamburg nicht von vornherein schlechtreden. Lassen Sie uns das machen, denn der Wohnungsmangel in Hamburg ist so, dass wir wirklich eine Veränderung brauchen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie, die mir immer vorhalten, ich würde sozialistische Planwirtschaft in der Wohnungswirtschaft einbringen, müssen jetzt ausgerechnet mit dem Argument kommen.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg Hamann CDU: Plattenbau für Hamburg!)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Danke schön. – Frau Senatorin Blankau hat das Wort.

Senatorin Jutta Blankau: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass die Mehrzahl der Fraktionen der Auffassung ist, dass wir die Initiative der SPD-Fraktion begrüßen sollten. Diese Einschätzung teilt der Senat auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann dazu nur sagen: Ein Antrag, der politisch schon im letzten Jahr richtig war, aber bedauerlicherweise wegen einer anderen Mehrheit nicht durchsetzungsfähig war, ist in diesem Jahr immer noch richtig.

(Beifall bei der SPD)

Selbst die Grünen, die das im vergangenen Jahr offensichtlich nicht mitgetragen haben, weil sie damals noch Regierungsfraktion waren, tragen das zumindest in Teilen mit und das begrüße ich auch sehr.

Nun zur CDU. Die CDU trägt es nicht mit, die CDU erkennt auch nicht, dass wir eine besondere Situation am Wohnungsmarkt haben, und insoweit habe ich noch nicht gehört, wie Sie die dramatische Situation am Wohnungsmarkt verändern wollen. Die Vorschläge kommen nicht.

(Antje Möller GAL: Was ist denn Ihre Einschätzung als Senatorin?)

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Pakt mit den Bezirken wirken wird, das werden Sie am Ende des Monats erleben, und ich bin der festen Überzeugung, dass auch das Bündnis mit der Wohnungswirtschaft genauso funktionieren wird.

Ich möchte nur einen Hinweis geben, Herr Hamann, und damit höre ich auch schon auf, da ich die Position des Senats vertreten habe, dass er es trägt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und bei Roland Heintze CDU)

Herr Hamann, der Wohnungsbaukoordinator, das haben Sie zu Recht gesagt, war im Januar nur

Wohnungsbaukoordinator. Er war noch nicht Staatsrat und Wohnungsbaukoordinator und er diente einer anderen Regierung, nämlich einer schwarzen. Deswegen hat er nur das gesagt, was Sie auch immer sagen: Unfug. Er hat Ihre Sprachwahl übernommen und insoweit hat sich das alles geändert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/616 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die FDP-Fraktion hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt. Wer möchte nun Ziffer 1 des SPD-Antrags aus der Drucksache 20/616 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 angenommen.

Wer möchte sich der Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 2 angenommen.

Wer möchte der Ziffer 3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 3 angenommen.

Wer möchte Ziffer 4 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der gesamte Antrag angenommen.

Ich rufe die Punkte 23 und 38 der Tagesordnung auf, die Drucksachen 20/615 und 20/630, Antrag der SPD-Fraktion: Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen – aber keine Besserstellung gegenüber Eltern und Kindern mit legalem Aufenthalt oder mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie Antrag der Fraktion DIE LINKE: Ausgrenzung von Kindern ohne Aufenthaltsstatus beenden.

[Antrag der SPD-Fraktion:

Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen – aber keine Besserstellung gegenüber Eltern und Kindern mit legalem Aufenthalt oder mit deutscher Staatsangehörigkeit
– Drs 20/615 –]

Zur Drucksache 20/615 liegen Ihnen als Drucksachen 20/704 und 20/716 Anträge der GAL- sowie der FDP-Fraktion vor.

[Antrag der GAL-Fraktion:

Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen
– Drs 20/704 –]